

**Mitteilung – zur Kenntnisnahme –**

**Für den Erhalt der Arbeitsplätze und gute Arbeit bei Knorr-Bremse**  
Drucksache 18/0350



Senatsverwaltung für Wirtschaft,  
Energie und Betriebe  
II B 42  
Telefon 9013 (913) - 8193

An das  
Abgeordnetenhaus von Berlin  
über Senatskanzlei - G Sen -

## M i t t e i l u n g

- zur Kenntnisnahme-

über

- Für den Erhalt der Arbeitsplätze und gute Arbeit bei Knorr-Bremse -  
Drucksache Nummer 18/0350 -

---

Die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe legt nachstehende Mitteilung dem Abgeordnetenhaus zur Besprechung vor.

Das Abgeordnetenhaus hat in seiner Sitzung am 18.05.2017 Folgendes beschlossen:

„Mit Unverständnis und Empörung nimmt das Abgeordnetenhaus die Entscheidungen der Unternehmensleitung von Knorr-Bremse zur Kenntnis, einen traditionellen Berliner Produktionsstandort, der erst in jüngster Zeit mit öffentlichen Mitteln für die Zukunft fit gemacht wurde, zur Disposition zu stellen. Das Unternehmen setzt zur Gewinnmaximierung auf Tarifflucht, radikale Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und darauf, Standorte gegeneinander auszuspielen.

Das Abgeordnetenhaus unterstützt die Beschäftigten von Knorr-Bremse bei Hasse & Wrede und KB PowerTech bei ihren Forderungen nach Erhalt der Arbeitsplätze und Tarifbindung und fordert das Unternehmen zum Erhalt der Berliner Standorte, zur Rückkehr in die Tarifbindung und zu konstruktiven Gesprächen mit den Beschäftigten und ihren Vertreter\*innen zur zukünftigen Produktion in Berlin auf.

Der Senat wird gebeten, sich gegenüber der Geschäftsleitung von Knorr-Bremse entsprechend für die Belange der Beschäftigten und die Absicherung der Industriestandorte in Berlin einzusetzen.“

Hierzu wird berichtet:

Die Ankündigung zum Abbau von ca. 130 Industriearbeitsplätzen beim Berliner Traditionsunternehmen Hasse & Wrede erfolgte unerwartet und wird ausdrücklich bedauert. Die Geschäftsleitung der Knorr-Bremse hat vor der Verlagerungsentscheidung zu den Arbeitsplätzen keine Gespräche mit dem Land Berlin gesucht.

Es ist erklärtes Ziel des Berliner Senats, den Industriestandort zu stärken.

Ich habe daher dem Vorstand der Knorr-Bremse im Mai 2017 in einem Brief mein Befremden und Bedauern zur Verlagerungsentscheidung mitgeteilt und um ein Gespräch gebeten, um mehr über die Hintergründe und ggf. bestehende Möglichkeiten zur Modifizierung der Entscheidung zu erfahren. Zur weiteren Unterstützung der Belegschaft hat der Berliner Senat, vertreten durch Herrn Staatssekretär Rickerts, im Juni 2017 an einer Veranstaltung von Hasse & Wrede im Rahmen der „aktiven Mittagspause“ teilgenommen und an die Geschäftsleitung appelliert, eine für alle Beteiligten zufriedenstellende Lösung zu suchen.

...

Mit Schreiben vom 12. Juli 2017 hat der Vorstandsvorsitzende des Knorr – Konzerns, Herr Klaus Deller auf das Schreiben der Senatorin geantwortet und aus Perspektive der Geschäftsleitung die Gründe erläutert, die zu den Einschnitten für die Belegschaft der Knorr – Bremse geführt haben. Es wird ein zeitnahes Gespräch mit Frau Senatorin Pop über die geplanten Maßnahmen geben, um auch Optionen für die Entwicklung des Standorts zu diskutieren.

Knorr – Bremse plant weiter in Berlin zu investieren und im Rahmen eines konzernweiten Umstrukturierungsplans den Standort Marzahn für den Bereich Schienenverkehr zu einem Leitwerk im globalen Produktionsverbund auszubauen. Dazu gehört auch der bereits 2016 vollzogene Umzug von einem Teil der Münchner Belegschaft sowie der bis Ende 2019 geplante Umzug der KB PowerTech GmbH von Tegel an den Standort Marzahn. Für die Belegschaft der KB PowerTech erhöht sich mit dem Umzug an den Standort Marzahn auch die Arbeitszeit von derzeit 35 auf dann 42 Stunden, für die das Unternehmen keinen Lohnausgleich zahlen will.

Das Unternehmen hat aktuell – wie auch in der Vergangenheit – öffentliche Fördermittel zur Stärkung des Industriestandorts – wie auch andere Unternehmen, die die Anforderungen der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) erfüllen - erhalten. Damit verbunden ist die Erwartung, dass in Berlin weiter investiert wird und damit gute, tarifgebundene Arbeitsplätze in Berlin erhalten bleiben und neue entstehen. Dazu gehört auch eine konstruktive Zusammenarbeit mit den Beschäftigten und den wirtschaftspolitischen Akteurinnen und Akteuren.

Für in der Vergangenheit gewährte Förderung an Hasse & Wrede bestehen keine Bindungsfristen mehr, die aktuell von der Verlagerung bzw. dem Abbau betroffenen Bereiche keine Förderung erhalten.

Der Berliner Senat wird sich auch weiterhin für die Knorr-Bremse einsetzen.

Ich bitte, den Beschluss damit als erledigt anzusehen.

Berlin, den 30.07.2017

Ramona P o p

.....  
Senatorin für Wirtschaft,  
Energie und Betriebe